

Wir veröffentlichen die am 27. September 2014 vor der UN-Generalversammlung gehaltene Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow mit einem Kommentar der US-Journalistin Carla Stea.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 164/14 – 20.10.14**

Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf der 69. UNO-Generalversammlung, New York, 27. September 2014

Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland

Offizielle Stellungnahme, 27.09.14

(<http://russische-botschaft.de/einzelansicht-news/eine-offizielle-stellungnahme/eintrag/1273.html>)

Die nachfolgend abgedruckte deutsche Übersetzung der Lawrow-Rede haben wir unverändert aus der Website der russischen Botschaft in Berlin übernommen.

Geehrter Herr Vorsitzender!

Damen und Herren!

Heute zeichnet sich immer stärker der Widerspruch zwischen der Erfordernis von kollektiven, partnerschaftlichen Handlungen im Interesse der Ausarbeitung von adäquaten Antworten auf für alle gemeinsame Herausforderungen und dem Streben mehrerer Staaten nach Vorherrschaft und nach einer Wiedergeburt des archaischen Blockdenkens ab, welches auf Kasernendisziplin und der unzulänglichen Logik „meine eigenen – die anderen“ basiert.

Die westliche Allianz mit der USA an der Spitze tritt als Kämpferin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte innerhalb einzelner Länder auf, agiert jedoch in der internationalen Arena von den genau entgegengesetzten Positionen aus, verwirft das in der UN-Charta festgelegte demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten und versucht, für alle zu entscheiden, was gut und was schlecht ist.

Washington deklarierte offen sein Recht auf den einseitigen Einsatz von militärischer Stärke wo auch immer für die Verteidigung der eigenen Interessen. Militärische Interventionen wurden zur Norm und zwar trotz der Tatsache, dass alle in den letzten Jahren von den USA unternommenen Gewaltoperationen jammervoll endeten.

Der Festigkeit des internationalen Systems wurden heftige Schläge erteilt: die NATO-Bombardements Jugoslawiens, der Einmarsch im Irak, der Überfall auf Libyen, der Misserfolg in Afghanistan. Nur dank intensiver diplomatischer Bemühungen wurde eine Aggression gegen Syrien im Jahr 2013 verhindert. Unwillkürlich drängt sich das Gefühl auf, dass das Ziel der verschiedenen „Farbrevolutionen“ und anderer Projekte zum Sturz von unbequemen Regimen die Provozierung von Chaos und Instabilität ist.

Jetzt wurde die Ukraine das Opfer einer solchen Politik. Die dortige Situation brachte die existierenden tiefgehenden Systemmängel der bestehenden Architektur im Euro-Atlantik-Raum zum Vorschein. Der Westen schlug den Kurs auf eine „vertikale Strukturierung der Menschheit“ nach seinen eigenen, durchaus nicht harmlosen Standards ein. Nachdem sie den Sieg im Kalten Krieg und den Beginn des sogenannten „Endes der Geschichte“ erklärt

hatten, richteten sich die USA und die Europäische Union auf die Ausweitung des sich unter ihrer Kontrolle befindlichen geopolitischen Raums aus, ohne dabei auf die Ausgewogenheit der legitimen Interessen aller Völker Europas zu achten. Die westlichen Partner reagierten nicht auf unsere zahlreichen Warnungen bezüglich der Unzulässigkeit der Verletzung der Prinzipien der UN-Charta und der Schlussakte von Helsinki und wichen jedes Mal der ernsthaften gemeinsamen Arbeit zur Schaffung eines einheitlichen Raums für gleiche und unteilbare Sicherheit und Zusammenarbeit vom Atlantik bis zum Pazifik aus. Abgelehnt wurde der russische Vorschlag zur Ausarbeitung eines Europäischen Sicherheitsvertrags. Man sagte uns direkt, dass juristisch verpflichtende Sicherheitsgarantien nur Mitglieder der Nordatlantikkallianz haben können, welche sich damals trotz der früher gegebenen gegenteiligen Versprechungen weiterhin gegen Osten bewegte. Der augenblickliche Übergang der NATO zu feindlicher Rhetorik, zur Beendigung der Zusammenarbeit mit Russland sogar zulasten der eigenen Interessen des Westens, zum ergänzenden Ausbau der militärischen Infrastruktur an den russischen Grenzen entblößte die Unfähigkeit der Allianz, ihren zur Zeit des Kalten Krieges zugrunde gelegten genetischen Code zu ändern.

Die USA und die Europäische Union unterstützten den Staatsstreich in der Ukraine und begannen, vorbehaltlos alle Handlungen der selbsternannten Kiewer Machthaber zu rechtfertigen, welche Kurs nahmen auf die gewaltsame Unterdrückung jenes Teils des ukrainischen Volkes, welcher die Versuche zurückwies, dem ganzen Land eine verfassungswidrige Ordnung aufzudrängen, und die eigenen Rechte auf Muttersprache, Kultur und Geschichte verteidigen wollte. Gerade dieser aggressive Angriff auf diese Rechte veranlasste die Bevölkerung der Krim, ihr eigenes Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und eine Wahl zugunsten der Selbstbestimmung zu treffen. Das war eine absolut freie Wahl, was auch immer diejenigen ersinnen, welche in erster Linie die Schuld für den inneren Konflikt in der Ukraine tragen.

Versuche, die Wahrheit zu verdrehen und Fakten hinter haltlosen Anschuldigungen zu verbergen, wurden in allen Etappen der Ukrainekrise unternommen. Nichts getan wird für die Ausforschung und Bestrafung der Schuldigen an den blutigen Februarereignissen auf dem Maidan, am Massentod von Menschen in Odessa, Mariupol und anderen Gebieten der Ukraine. Bewusst werden die Ausmaße der schrecklichen humanitären Katastrophe verkleinert, welche durch die Handlungen der ukrainischen Sicherheitskräfte im Südosten der Ukraine ausgelöst wurde. Vor einigen Tagen kamen neue erschreckende Tatsachen zum Vorschein, als in der Nähe von Donezk Massengräber entdeckt wurden. Trotz der UNO-Sicherheitsratsresolution 2166 wird die Durchführung einer sorgfältigen und unabhängigen Untersuchung der Umstände für den Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs über ukrainischem Territorium verzögert. Die Schuldigen für alle diese Verbrechen müssen gefunden und dem Gericht übergeben werden. Andernfalls kann man nur schwer eine nationale Aussöhnung in der Ukraine erwarten.

Russland ist aufrichtig an der Wiederherstellung des Friedens im Nachbarland interessiert und das müssen alle verstehen, die wenigstens ein bisschen über die Geschichte der tiefgehenden brüderlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern Bescheid wissen. Der Weg für eine politische Beilegung ist bekannt: noch im April dieses Jahres verpflichtete sich Kiew in der Genfer Erklärung Russlands, der Ukraine, der USA und der EU zum unverzüglichen Beginn eines breiten gesamt-nationalen Dialogs unter Teilnahme aller Regionen und politischen Kräfte der Ukraine mit dem Ziel einer Verfassungsreform. Die Umsetzung dieser Verpflichtung würde allen Ukrainern ermöglichen, eine Übereinkunft darüber zu treffen, wie man in Entsprechung mit den eigenen Traditionen und der eigenen Kultur leben kann, und würde es der Ukraine ermöglichen, zu der für sie organischen Rolle eines Bindeglieds zwischen verschiedenen Teilen des europäischen Raums zurückzukehren, was zweifellos die Beibehaltung und Achtung ihres blockfreien, neutralen Status durch alle

voraussetzt. Wir sind überzeugt, dass bei gutem Willen und bei Ablehnung der Unterstützung der „Kriegspartei“ in Kiew, welche das ukrainische Volk in den Abgrund einer nationalen Katastrophe zu stürzen versucht, ein Ausweg aus der Krise durchaus erreichbar ist.

Der Weg zu ihrer Überwindung wurde geöffnet durch die Erreichung eines Waffenstillstandsabkommens im Südosten der Ukraine auf Basis der Initiativen der Präsidenten Petro Poroschenko und Wladimir Putin. Unter Teilnahme von Vertretern Kiews, Donezks, Lugansks, der OSZE und Russlands werden praktische Maßnahmen zur konsequenten Verwirklichung dieser Vereinbarungen ausgearbeitet, darunter die Trennung der Konfliktparteien, der Abzug von schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte und der Volksmilizen und die Einrichtung eines Monitorings durch die OSZE. Russland ist bereit, weiterhin aktiv bei der Weiterentwicklung der politischen Beilegung zu helfen, und zwar sowohl im Rahmen des sich gut bewährt habenden Minsker Prozesses als auch in anderen Formaten. Aber es muss völlig klar sein, dass wir das für den Frieden, die Ruhe und das Wohlergehen des ukrainischen Volkes tun, und nicht, um irgendjemandes Ambitionen entgegenzukommen. Absolut ohne Zukunft sind Versuche, auf Russland Druck auszuüben und es zur Aufgabe seiner Werte, von Wahrheit und Gerechtigkeit zu zwingen.

Ich gestatte mir einen Exkurs in die jüngere Geschichte. Als Bedingung für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion im Jahr 1933 forderte die Regierung der Vereinigten Staaten von Moskau Garantien für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der USA und Verpflichtungen, keine Handlungen zur Veränderung des politischen und sozialen Systems Amerikas zu unternehmen. Damals fürchtete man in Washington das Revolutionsvirus und solche Garantien wurden in den Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion festgelegt. Vielleicht ist es sinnvoll, zu diesem Thema zurückzukehren und die damalige Forderung der amerikanischen Regierung universell zu stellen. Warum sollte keine Deklaration der Generalversammlung über die Unzulässigkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten angenommen werden, über die Nichtanerkennung von Staatsstreich als Methode zum Machtwechsel? Es ist an der Zeit, aus der internationalen Kommunikation Versuche des illegalen Drucks der einen Staaten auf andere völlig auszuschließen. Die Sinnlosigkeit und die Kontraproduktivität von einseitigen Sanktionen sind am Beispiel der amerikanischen Blockade Kubas offensichtlich.

Die Politik von Ultimaten, die Philosophie der Überlegenheit und der Dominanz entsprechen nicht den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts und treten in Widerspruch zu den objektiven Prozessen der Formierung eines polyzentrischen, demokratischen Weltsystems.

Russland fördert eine positive, vereinigende Agenda. Wir waren und werden immer offen sein für die Diskussion der schwierigsten Fragen, wie unlösbar sie zu Beginn auch scheinen mögen. Wir sind bereit, Kompromisse und einen Interessensausgleich zu finden und gegenseitige Zugeständnisse zu machen, jedoch nur dann, wenn das Gespräch ehrlich, respektvoll und gleichberechtigt ist.

Die Minsker Abkommen vom 5. und 19. September über einen Ausweg aus der Ukraine-Krise, der Kompromiss über das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens zwischen Kiew und der EU sind gute Beispiele zur Nachahmung, ebenso wie die endlich verkündete Bereitschaft Brüssels, in Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und der Zollunion aus Russland, Weißrussland und Kasachstan einzutreten, wie das Präsident Wladimir Putin schon im Jänner dieses Jahres vorschlug.

Russland tritt konsequent ein für die Harmonisierung der Integrationsprojekte in Europa und Eurasien. Die Ausarbeitung von politischen Richtlinien und Fristen für eine solche

„Konvergenz der Integrationen“ wäre ein realer Beitrag zur OSZE-Arbeit zum Thema „Helsinki plus 40“. Zu einer anderen wichtigen Richtung dieser Arbeit sollte ein pragmatisches, entideologisiertes Gespräch über die militärpolitische Architektur im Euro-Atlantik-Raum gemacht werden, damit nicht nur die Mitglieder der NATO und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sondern alle Länder der Region, darunter auch die Ukraine, Moldawien und Georgien, sich in einer gleichen und unteilbaren Sicherheit fühlen und nicht vor die falsche Wahl gestellt werden: „entweder mit uns oder gegen uns“.

Es dürfen keine neuen Trennungslinien in Europa zugelassen werden, denn unter den Bedingungen der Globalisierung können sich diese Linien in eine Wasserscheide zwischen dem Westen und der übrigen Welt verwandeln.

Man muss ehrlich sagen: niemand hat ein Monopol auf die Wahrheit, niemand mehr ist imstande, die globalen und regionalen Prozesse den eigenen Notwendigkeiten unterzuordnen. Heute gibt es keine Alternative zur Bildung eines Konsenses bezüglich der Regeln für eine nachhaltige globale Verwaltung unter den neuen historischen Bedingungen und unter voller Achtung der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt der Welt sowie bei einer Vielzahl von Entwicklungsmodellen. Einen solchen Konsens zu jeder Frage zu erreichen wird schwierig sein, vielleicht auch beschwerlich. Aber die Erkenntnis, dass in jedem Staat die Demokratie die „schlechteste Verwaltungsform außer allen anderen“ ist, musste sich ebenfalls lange den Weg bahnen, bevor Winston Churchill nicht sein Verdikt fällte. Es ist Zeit, die Unausweichlichkeit dieses Axioms auch in internationalen Angelegenheiten zu begreifen, in welchen heute ein riesiges Demokratiedefizit herrscht. Natürlich müssen gewisse Staaten Jahrhunderte alte Stereotypen überwinden und sich von den Ansprüchen auf ewige Ausschließlichkeit lossagen. Aber einen anderen Weg gibt es nicht. Solidarische Bemühungen können nur auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Interessensberücksichtigung aufbauen, wie das zum Beispiel im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats, der „Gruppe der Zwanzig“, der BRICS-Staaten und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit geschieht.

Die Theorie über die Vorteile der kollektiven Arbeit wird durch die Praxis bestätigt: das sind der Fortschritt bei der Beilegung der Situation rund um das iranische Atomprogramm, die erfolgreiche Beendigung der chemischen Abrüstung Syriens. Bezüglich chemischer Waffen hätten wir übrigens gerne eine ehrliche Auskunft über den Zustand der chemischen Arsenale in Libyen. Wir verstehen, dass unsere NATO-Kollegen, welche dieses Land unter Verletzung einer UNO-Sicherheitsratsresolution zerbombten, die von ihnen geschaffene Willkür nicht „aufrühren“ wollen. Das Problem der unkontrollierten libyschen Chemiearsenale ist jedoch zu ernst, um vor ihm die Augen zu schließen. Ich denke, der UNO-Generalsekretär muss seine Verantwortung auch in dieser Frage zeigen.

Das Wichtigste ist heute, die globalen Prioritäten zu sehen und diese nicht zu Geiseln einer einseitigen Agenda zu machen. Bei den Vorgehensweisen zur Regelung von Konflikten ist höchst akut die Aufgabe von doppelten Standards notwendig. Insgesamt sind alle damit einverstanden, dass die Hauptaufgabe in der entschlossenen Bekämpfung der Terroristen besteht, welche immer größere Gebiete im Irak, in Syrien, in Libyen, in Afghanistan und in der Sahara-Sahel-Zone unter ihre Kontrolle bringen wollen. Wenn dem so ist, dann darf diese Aufgabe nicht ideologischen Schemen oder der Bestrebung von persönlichen Abrechnungen zum Opfer gebracht werden. Die Terroristen müssen, mit welchen Lösungen sie sich auch immer bedecken, außerhalb des Gesetzes bleiben.

Dabei muss der Kampf gegen den Terrorismus natürlich auf der festen Basis des Völkerrechts aufbauen. Eine wichtige Etappe in diesem Kampf war die einstimmige Annahme einer Serie von UNO-Sicherheitsratsresolutionen, darunter unlängst zum Problem der aus-

ländischen Terroristen. Versuche, gegen die Charta unserer Organisation zu handeln, tragen nicht zu einem Erfolg der gemeinsamen Bemühungen bei. Der Kampf gegen die Terroristen auf dem Gebiet Syriens muss in Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung geschehen, welche ihre Bereitschaft dazu klar zum Ausdruck brachte. Damaskus zeigte schon durch Taten seine Fähigkeit zur Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft, als es seine Verpflichtungen im Rahmen des Programms zur Liquidierung der Chemiewaffen erfüllte.

Seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ appellierte Russland, diesen nicht den Extremisten zu überlassen und eine Einheitsfront des Widerstands gegen die wachsende Torgefahr zu bilden. Wir warnten vor der Versuchung, praktisch jeden, der sich zum Feind Assads erklärte, zum Verbündeten zu nehmen: mögen das „al-Qaida“, „Dschabhat an-Nusra“ oder andere „Weggefährten“ eines Regimewechsels sein, darunter auch der „Islamische Staat im Irak und der Levante“, der jetzt im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Wie sagt man: „Besser zu spät als gar nicht“. Russland leistet nicht das erste Mal einen realen Beitrag im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und andere Terrorformationen in der Region. Es erfolgen von uns umfangreiche Lieferungen von Waffen und militärischer Technik an den Irak, an Syrien und andere Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas und wir werden weiterhin deren Anstrengungen zur Niederwerfung der Terroristen unterstützen.

Die Torgefahr erfordert eine komplexe Vorgehensweise, wenn wir ihre Gründe ausrotten und nicht dazu verurteilt sein wollen, nur auf ihre Symptome zu reagieren. Der „Islamische Staat“ ist nur ein Teil des Problems. Wir schlagen vor, unter der Ägide des UNO-Sicherheitsrats eine tiefgreifende Untersuchung der Bedrohungen von Extremismus und Terrorismus auf dem Gebiet des Nahen Ostens und Nordafrikas in ihrer Gesamtheit vorzunehmen. Eine komplexe Vorgehensweise setzt auch die Untersuchung von langjährigen Konflikten voraus, in erster Linie des arabisch-israelischen. Die Ungelöstheit des Palästina-Problems im Laufe vieler Jahrzehnte bleibt nach weit verbreiteter Meinung einer der Hauptfaktoren für die Instabilität in der Region und hilft den Extremisten bei der Anwerbung von immer wieder neuen Dschihadisten.

Ein weiterer, buchstäblich schreiender Bereich für die gemeinsame Arbeit ist die Vereinigung der Bemühungen zur Umsetzung der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung und des UNO-Sicherheitsrats für die Bekämpfung des Ebolavirus. Unsere Ärzte arbeiten bereits in Afrika. Geplant ist die zusätzliche Lieferung von humanitärer Hilfe, Medizintechnik, Medikamenten und Spezialisten für die Unterstützung des UNO-Programms in Guinea, Liberia und Sierra Leone.

Die auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs geschaffene UNO tritt in das siebzigste Jahr ihrer Gründung ein. Wir alle sind verpflichtet, das Jubiläum dieses Großen Sieges würdig zu begehen und dem Andenken an alle im Namen der Freiheit und des Rechts jedes Volks auf Selbstbestimmung des eigenen Schicksals Gefallenen die Ehre zu erweisen.

Die Lehren dieses schrecklichen Kriegs so wie auch der gesamte Verlauf der Ereignisse in der heutigen Welt erfordern, die Bemühungen zu vereinen und einseitige Interessen und nationale Wahlzyklen zu vergessen, wenn es um die Bekämpfung globaler Bedrohungen für die gesamte Menschheit geht. Es darf nicht zugelassen werden, dass der nationale Egoismus über die kollektive Verantwortung die Oberhand erlangt.

Es folgt eine Übersetzung des Kommentars der beim US-Außenministerium und bei den Vereinten Nationen akkreditierten US-Journalistin Carla Stea zu dieser Lawrow-Rede.

**"Verzeihen Sie uns,
dass unser Land inmitten Ihrer Militärbasen liegt"
Zur Rede des russischen Außenministers
vor der UN-Generalversammlung**

Von Carla Stea

Global Research, 14.10.14

(<http://www.globalresearch.ca/pardon-us-for-our-countrys-existence-in-the-middle-of-your-military-bases-russian-foreign-minister-lavrovs-speech-at-the-un/5407937>)

In seiner mutigen und brillanten Rede, die er am 27. September 2014 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gehalten hat (s. <http://russische-botschaft.de/einzelansicht-news/eine-offizielle-stellungnahme/eintrag/1273.html>), zerriss der russischer Außenminister Sergej Lawrow den Verdunklungsschleier, der so viele Reden vor der UNO charakterisiert; in einer schonungslosen Analyse klagte er den westlichen Imperialismus an, der korrekt nur als globaler Raubzug zu beschreiben ist. Im Auftrag der Russischen Föderation warnte Lawrow die USA und die NATO davor, mit ihrer unerbittlichen und skrupellosen Kampagne zur Aneignung und Beherrschung riesiger Territorien, die letztlich nur dazu dienen soll, Russland zu erobern und zu unterwerfen, einen globalen Krieg zu riskieren. Der Westen hat offensichtlich nichts aus der Geschichte gelernt und vergessen, dass Napoleons Feldzug gegen Russland zum Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs führte und Hitlers Versuch, Russland zu unterjochen, mit dem Untergang seines Dritten Reiches endete.

Der dritte Versuch, Russland zu besiegen und zu unterjochen, könnte nicht nur einen Krieg auslösen, der riesige Gebiete der Erde verwüsten würde, dialektisch betrachtet, könnte er auch der Katalysator zum endgültigen Niedergang des Kapitalismus werden. Dieses Wirtschaftssystem, das nur im Imperialismus gedeihen kann, erlebt möglicherweise gerade seine letzte Krise, die der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty bereits in seinem Bestseller "Das Kapital im 21. Jahrhundert" beschrieben hat. (Das Buch ist im Verlag C. H. Beck auch in deutscher Übersetzung erschienen.) In seiner verzweifelten Lage schlägt der sich selbst zerstörende westliche Kapitalismus skrupellos und völlig irrational um sich und scheint dabei unfähig zu sein, die desaströsen Folgen seiner kurzsichtigen Politik zu erkennen. Eine der möglichen Folgen der gegenwärtigen Politik der USA und der NATO könnte ein (finaler) Atomkrieg sein.

(In dem Kommentar folgt jetzt eine längere Passage aus der Lawrow-Rede, die von "Die westliche Allianz ..." auf S. 1 dieser LUFTPOST oben bis S. 2 Mitte " ... Aussöhnung in der Ukraine erwarten." reicht.)

In totaler Missachtung der Wahrheit und des Völkerrechts eskaliert Kiew die Krise in der Ukraine und schreckt dabei auch nicht vor Betrug und Täuschung zurück. Wenn der ukrainische Präsident Petro Poroschenko von einem Krieg gegen Russland spricht, droht er damit nicht nur Russland, er setzt auch das Überleben seines eigenen bankrotten Landes aufs Spiel.

Letzten Monat hat sich Washington dazu verpflichtet, dem Kiewer Regime für 53 Millionen Dollars, die US-Steuerzahler aufbringen müssen, Waffen zu liefern. Kiew nutzt die Waffenruhe, die der russische Präsident Putin und die OSZE (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa) ausgehandelt haben, nur dazu aus, sich modernere und wirksamere Waffen zu verschaffen und einen weiteren barbarischen Angriff auf seine Bürger im Osten und Südosten der Ukraine vorzubereiten, wo die ukrainischen Streitkräfte seit dem geheimen Besuch des unter falschen Na-

men einreisenden CIA-Direktors John Brennan im April 2013 (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08214_060514.pdf) bereits fast 4.000 Menschen niedergemetzelt und mehr als eine Million Ukrainer vertrieben haben.

Die dreisteste Zumutung der USA und der NATO für die Bewohner der Ostukraine, die den ersten Angriff des vom Westen gestützten Nazi-Regimes in Kiew zurückgewiesen, und damit die Auslöschung ukrainischer Dissidenten verhindert haben, besteht darin, dass Victoria Nuland, die durch ihren berüchtigten Ausspruch "Fuck the EU!" bekannt geworden, für europäische und eurasische Angelegenheiten zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, in diesem Monat nach Kiew zurückgekehrt ist. Im Auftrag neokonservativer Drahtzieher in Washington hat Frau Nuland die Destabilisierung der Ukraine und den Sturz ihres demokratisch gewähltem Präsidenten Wiktor Janukowytsch inszeniert und die Ukraine in einen Bürgerkrieg gestürzt, der das Potenzial hat, eine Feuersbrunst zu entfachen, die als Dritter (und letzter) Weltkrieg in die Geschichte eingehen könnte.

In einer Rede, die sie am 7. Oktober 2014 in der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Taras-Schewtschenko-Universit%C3%A4t_Kiew) gehalten hat, prahlte Frau Nuland: "Die Ukraine hat in diesem Jahr von den USA eine Finanzhilfe von 290 Millionen Dollar und eine Kreditgarantie über eine Milliarde Dollar erhalten. Und jetzt haben Sie auch das bekommen, wofür viele von Ihnen auf dem Maidan demonstriert haben: ein Assoziierungsabkommen mit der EU und ein umfassendes Freihandelsabkommen." Durch dieses "Assoziierungsabkommen" wird die Ukraine praktisch zu einer Geisel der NATO und des IWF, der den Lebensstandard in der ohnehin schon sehr verarmten Ukraine durch auferlegte "Sparmaßnahmen" noch weiter absenken wird. Dass Frau Nuland der Ukraine ein trojanisches Pferd beschert hat, haben die geschmeichelten, leichtgläubigen ukrainischen Studenten, die in dem von den USA und der NATO vom Zaun gebrochenen Krieg das Kanonenfutter stellen sollen, leider nicht erkannt.

(Der Kommentar schließt mit einem Zitat aus der Lawrow-Rede, das auf S. 3 von "Ich gestatte mir einen Exkurs ..." bis " ... eines polyzentrischen und demokratischen Weltsystems." nachzulesen ist.

Die von Carla Stea stammenden Passagen des Kommentars haben wir komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den englischen Originaltext des Kommentars ab – einschließlich der in englischer Sprache eingefügten Passagen aus der Lawrow-Rede.)



“Pardon Us For Our Country’s Existence in the Middle of Your Military Bases” – Russian Foreign Minister Lavrov’s Speech at the UN

By Carla Stea
October 14, 2014

In a courageous and brilliant speech to the United Nations General Assembly on September 27, 2014, Russian Foreign Minister Sergei Lavrov pierced the veil of obfuscation that characterizes too many speeches at the United Nations, and delivered a scathing denunciation of Western imperialism, imperialism that can only be accurately described as global

theft. Lavrov, on behalf of the Russian Federation implicitly warned that US/NATO is risking global war in embarking on its campaign to seize and dominate huge territories, while inexorably and ruthlessly determined to conquer and subjugate Russia, having learned nothing from the historic reality that Napoleon's effort to dominate Russia led to the collapse of Napoleonic France, and Hitler's attempt to subjugate Russia led to the obliteration of his Third Reich.

Perhaps this third attempt to conquer and subjugate Russia may lead not only to war encompassing huge territories of the globe, but, dialectically, may be the catalyst leading to the ultimate decline of capitalism, an economic system which thrives almost entirely on imperialism, and is undergoing a possibly terminal crisis, as described by the French economist, Thomas Piketty in his best-selling work "Capital in the 21 Century." In desperation, dysfunctional Western capitalism is lashing out recklessly and irrationally, unwilling and unable to preclude the disastrous consequences of its myopic policies. And one possible consequence of current US/NATO policies is thermonuclear war.

Lavrov stated: "The U.S.-led Western alliance that portrays itself as a champion of democracy, rule of law and human rights within individual countries, acts from directly opposite positions in the international arena, rejecting the democratic principle of sovereign equality of states enshrined in the UN Charter and trying to decide for everyone what is good or evil."

"Washington has openly declared its right to unilateral use of force anywhere to uphold its own interests. Military interference has become a norm – even despite the dismal outcome of all power operations that the U.S. has carried out over the recent years."

"The sustainability of the international system has been severely shaken by NATO bombardment of Yugoslavia, intervention in Iraq, attack against Libya and the failure of operation in Afghanistan. Only due to intensive diplomatic efforts the aggression against Syria was prevented in 2013. There is an involuntary impression that the goal of various 'color revolutions' and other projects to change unsuitable regimes is to provoke chaos and instability."

"Today Ukraine has fallen victim to such an arrogant policy. The situation there has revealed the remaining deep-rooted systemic flaws of the existing architecture in the Euro-Atlantic area. The West has embarked upon the course towards 'vertical structuring of humanity' tailored to its own hardly inoffensive standards. After they declared victory in the Cold War and the 'end of history,' the U.S. and EU have opted for expanding the geopolitical area under their control without taking into account the balance of legitimate interests of all peoples of Europe [...] NATO enlargement to the East continued in spite of the promises to the contrary given earlier. The instant switch of NATO to hostile rhetoric and to the drawdown of its cooperation with Russia even to the detriment of the West's own interests, and additional build up of military infrastructure at the Russian borders – made obvious the inability of the alliance to change the genetic code it embedded during the Cold War era."

"The U.S. and EU supported the coup d'état in Ukraine and reverted to outright justification of any acts by the self-proclaimed Kiev authorities that opted for suppression by force of the part of the Ukrainian people that had rejected the attempts to impose the anti-constitutional way of life to the entire country and wanted to defend its rights to the native language, culture and history. It is precisely the aggressive assault on these rights that compelled the population of Crimea to take the destiny in its own hands and make a choice in favor of self-determination. This was an absolutely free choice no matter

what was invented by those who are responsible in the first place for the internal conflict in Ukraine.”

“The attempts to distort the truth and to hide the facts behind blanket accusations have been undertaken at all stages of the Ukrainian crisis. Nothing has been done to track down and prosecute those responsible for February bloody events at Maidan and massive loss of human lives in Odessa, Mariupol and other regions of Ukraine. The scale of appalling humanitarian disaster provoked by the acts of the Ukrainian army in the South-Eastern Ukraine has been deliberately understated. Recently, new horrible facts have been brought to light when mass graves were discovered in the suburbs of Donetsk. Despite UNSG Resolution 2166 a thorough and independent investigation of the circumstances of the loss of Malaysian airliner over the territory of Ukraine has been protracted. The culprits of all these crimes must be identified and brought to justice. Otherwise the national reconciliation in Ukraine can hardly be expected.”

In total contempt for truth and international law, Kiev’s escalation of the Ukrainian crisis is being relentlessly prepared, in an ultimate act of deceit, as Ukrainian President Poroshenko assumes military regalia, threatening Russia’s survival, and, indeed the survival of his own bankrupt country, and is now speaking of all-out war with Russia.

Last month Washington pledged and delivered 53 million dollars of US taxpayer’s money to provide military aid to the Kiev regime, which is using the ceasefire arranged by Russian President Putin and the OSCE as an opportunity to acquire more sophisticated and deadly weapons and prepare for another barbarous onslaught against civilians in east and southeastern Ukraine, where the massacre of almost 4,000 citizens of East Ukraine and the desperate plight of more than one million refugees followed the “secret” visit to Kiev, (under a false name) of CIA Director John Brennan last April.

But perhaps the most brazen announcement of US/NATO intent to inflict further carnage upon the citizens of East Ukraine, whose rejection of the Nazi infested and Western controlled regime in Kiev has resulted in Kiev’s campaign of extermination of its dissident Ukrainian citizens, is the return to Kiev this month of the US Assistant Secretary of State for European and Eurasian affairs, Victoria Nuland. Ms. Nuland was made world famous (or world infamous) by her February declaration “Fuck the EU” while, on behalf of her neo-con sponsors in Washington, she engineered the destabilization and overthrow of Ukraine’s democratically elected President Viktor Yanukovich, plunging Ukraine into the civil war that holds the potential of engulfing the world in a conflagration which will be known as World War III.

In her October 7, 2014 speech to the Taras Shevchenko National University of Kiev, Ms. Nuland boasted: “Ukraine this year has received \$290 million in U.S. financial support plus a billion dollar loan guarantee. And now you have what so many of you stood on the Maidan for, you have an association agreement with Europe and a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement.” That “Association Agreement” holds Ukraine virtual hostage to NATO and the IMF, whose imposition of “austerity measures” will further degrade the living standards of the already impoverished Ukrainians. Ms. Nuland brings a Trojan Horse into Ukraine, unctuously flattering gullible Ukrainian students, who will ultimately provide cannon fodder for the war which US/NATO is inciting.

Further on in his September 27 address to the UN General Assembly, Russian Foreign Minister Lavrov states:

“Let me recall a history of not so far ago. As a condition for establishing diplomatic relations with the Soviet Union in 1933 the U.S. government demanded of Moscow the gua-

rantees of non-interference into domestic affairs of the U.S. and obligations not to take any actions with a view to changing political or social order in America. At that time Washington feared a revolutionary virus and the above guarantees were put on record on the basis of reciprocity. Perhaps, it makes sense to return to this topic and reproduce that demand of the U.S. government on a universal scale. Shouldn't the General Assembly adopt a declaration on the inadmissibility of interference into domestic affairs of sovereign states and non-recognition of coup d'etat as a method of the change of power? The time has come to totally exclude from the international interaction the attempts of illegitimate pressure of some states on others. The meaningless and counter-productive nature of unilateral sanctions is obvious if we took an example of the U.S. blockade of Cuba."

"The policy of ultimatums and philosophy of supremacy and domination do not meet the requirements of the 21 century and run counter to the objective process of development of a polycentric and democratic world order."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern